

# Es ruft mindestens ein Stirnrunzeln hervor

## Diskussion zum neuen Asien-Konzept des BMZ

von Martin Huber

Am 12. Dezember 2001 fand eine Veranstaltung des Asienhauses und des Nord-Süd-Forums statt zu dem Thema »Armut und Krieg – Was setzt das neue Asien-Konzept des BMZ dagegen?« Mit Franz Marré vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) diskutierten Erika Märke, Süd- und Mittelasien-Referentin des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), und Dr. Peter Kreuzer, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Die folgende kommentierte Zusammenfassung entstand auf der Grundlage der veröffentlichten Referatstexte und behandelt schwerpunktmäßig Indonesien.

Das neue BMZ-Asien-Papier ist offenbar das Ergebnis budgetärer Sparzwänge auf der einen Seite und auf der anderen Seite des Versuchs, entwicklungspolitische Konzepte der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) zumindest auf rhetorischer Ebene zu berücksichtigen, ohne dabei von der klassischen Orientierung am Wirtschaftswachstum abzuweichen und sogar ohne am neoliberalen Programm zurückzustecken.

Armutsreduzierung im Rahmen des internationalen Entwicklungsziels, die weltweite Armut bis 2015 zu halbieren (zurzeit leben in Asien 900 Millionen Menschen in absoluter Armut), soll durch die »Förderung eines arbeitsintensiven Wachstums« geschehen.

Laut den Ausführungen des BMZ-Vertreters Franz Marré liegt nach der Asienkrise ein besonderer Schwerpunkt auf »Wirtschaftsreformen und dem Aufbau der Marktwirtschaft«. Damit werden die drei »Herausforderungen«: »Reduzierung der Armut«, »Eindämmung der Umweltzerstörung« und »Demokratisierung und Krisenprävention« verknüpft.

Unter den »strategischen Zielen« ist die »Verbesserung der internen Rahmenbedingungen und Strukturen« als Antwort auf das zunehmende »institutionelle Vakuum«, den »Mangel an leistungsfähigen

staatlichen Strukturen« vor allem auf unteren Ebenen und »Defizite im Rechtssystem« hervorzuheben. Dabei soll nun verstärkt auf Themen wie die Einbeziehung der Bevölkerung, Achtung der Menschenrechte, »good governance« und die Stärkung von Demokratie, Partizipation und Zivilgesellschaft geachtet werden.

In Stichwörtern wie »höhere Eigenbeiträge der Partnerländer«, »neue Wege der FZ« und »Partnerschaft mit der Wirtschaft« spiegelt sich der erhöhte budgetäre Druck wider. Obwohl die Zahl der Kooperationsländer von 118 auf 70 gesenkt wurde, befindet sich Indonesien unter den »Schwerpunktpartnerländern«.

### Marginalität der Entwicklungshilfe

Peter Kreuzer von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung weist denn auch auf die Marginalität der Entwicklungshilfe selbst (mit nur 0,26 Prozent des Bruttosozialprodukts) im Vergleich zu dem dramatischen Nettokapitalabfluss aus Südostasien (zum Beispiel für Indonesien US-Dollar sieben Milliarden in den ersten neun Monaten des Jahres 2000) hin, die seiner Meinung nach keinen Einfluss auf die Grundprobleme Armut, Umweltzerstörung und Gewalt haben wird.

Als roter Faden zieht sich durch seine Argumentation eine negative Sicht der Demokratie, die in der Aussage gipfelt: »Dass es um der Erreichung fundamentaler Ziele möglicherweise sinnvoll sein kann, Demokratie zu beschränken, dazu sagt das neue Konzept nichts.«

Er leugnet einen Zusammenhang von Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Partizipation der Zivilgesellschaft, »insbesondere der Frauen und ihrer Organisationen« auf der einen Seite (die er mit dem offenbar als Schimpfwort verstandenen Begriff »Political Correctness« belegt) und nachhaltiger Entwicklung auf der anderen Seite.

Die angeführten Beispiele Taiwan, Südkorea und die VR China leisten jedoch nichts, um seine These zu erhärten, weil aus dem autoritären Werdegang dieser Staaten nicht notwendig folgt, dass sie sich unter demokratischen Verhältnissen schlechter entwickelt hätten. Die Beispiele gewähren allerdings einen Einblick in die prekäre Logik von Kreuzers Argumentation: Um die Idee eines Zusammenhangs von Demokratie und nachhaltiger Entwicklung zu widerlegen, verwandelt er sie stillschweigend in die These »autoritäre Regime erlauben keinerlei Entwicklung«, die sich natürlich nicht halten lässt.

Der Autor ist Mitglied von Watch Indonesia.

In gleicher Weise soll die aktuelle Situation in Indonesien als Beweis für die Gewaltträchtigkeit von Demokratisierungsprozessen dienen, wobei Kreuzer geflissentlich übersieht, dass diese Gewalt das systematische Resultat von über 30 Jahren »autoritärer Entwicklung« darstellt. (Interessanter ist da schon die These, das Hauptproblem in Indonesien bestehe in der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols).

Kreuzer wirft dem BMZ-Papier die Verbindung von Demokratie und Marktwirtschaft vor, wobei er ironischerweise selbst stillschweigend Demokratie und neoliberale Politik gleichgesetzt: Die VR China und Malaysia werden gelobt, weil sie die Kapitalflucht, die der Asienkrise zugrunde lag, verhindern konnten. Offenbar besteht aber kein Kausalzusammenhang zwischen Demokratie (oder sogar Marktwirtschaft) einerseits und liberalisierten Kapitalmärkten andererseits.

Unter dem Mantel einer sicherlich berechtigten Kritik an einem Modell, das Entwicklung nur als Nachvollzug westlicher Erfahrungen versteht, erleben die »Asiatischen Werte«<sup>1</sup> bei Kreuzer eine späte Blüte unter dem Stichwort »alternative Gute Ordnungen«.

Das Plädoyer für die Zusammenarbeit mit dem Regime in Burma und gegen jede Form von Isolierungspolitik erscheint da nur folgerichtig. Eine gegenteilige Politik habe zu »Erfolgen« auf dem Gebiet der Menschenrechte in China geführt. Das Kreuzersche Denken stellt uns hier also vor das erstaunliche Paradox, dass zwar der Handel den Menschenrechten zuträglich sei, diese aber ihrerseits in keinem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung stünden.

Eine andere überraschende Entdeckung stellt das Oxymoron der »destruktiven Gruppen« in der »Zivilgesellschaft« dar. *Laskar Jihad* zivil? Oder *Aung San Suu Kyi* destruktiv? Es macht offenbar keinen Sinn, in die Definition der Zivilgesellschaft auch solche Gruppen einzubeziehen,

die den Fortbestand derselben gefährden könnten.

Des Weiteren kann der Vortragende keinen Zusammenhang von regionaler Vertrauensbildung und Demokratie erkennen. Im Gegenteil, gerade Demokratisierung werfe eigene Probleme auf, schlagender Beweis dafür: der »außenpolitische Populismus« Wahids ...? Dessen gelegentlich verwirrende und sich widersprechende Stellungnahmen haben sicherlich Stirnrunzeln, wohl kaum aber Angstschweiß bei Indonesiens Nachbarn hervorgerufen. (Man vergleiche damit den letzten Beitrag des

regionalen Ausgleich zu sorgen, indem sie arme Regionen finanziell unterstützt (— wie z.B. Papua, gleichermaßen ressourcenreich wie unterentwickelt ...?). Bislang sorgte die Regierung wohl eher für das interregionale *Ungleichgewicht*. Überhaupt ist es unverständlich, wie die historische Dimension eines Problems übersehen werden kann, das bereits in der Auseinandersetzung zwischen Sukarno und Hatta<sup>2</sup> eine Rolle spielte und das bis heute die indonesische Politik umtreibt.

Vor allem unter Suharto erfolgte über Jahrzehnte ein Transfer der Reichtümer einiger damit gesegneter Provinzen zunächst in die Taschen einer korrupten Elite und sodann — in weitaus geringerem Umfang — zu den ressourcenarmen und menschenreichen Provinzen, ohne dass diese dadurch in die Lage versetzt worden wären, ihre Probleme selbst zu meistern. Im Gegenteil stellte dieser *interne Kolonialismus* wahrscheinlich ein Entwicklungshemmnis ersten Ranges dar.

Zwar bliebe eine Art Länderfinanzausgleich zwischen den indonesischen Provinzen weiterhin wünschenswert, er müsste jedoch zumindest eine Abmilderung der historischen Ungerechtigkeit einschließen. Und dazu gehört zuallererst, dass diese *anerkannt* und nicht einfach stillschweigend übergangen wird. Die gegenwärtige Dezentralisierung birgt nun jedoch in der Tat die Gefahr, dass sich mit ihr der Klientelismus lediglich lokalisiert.

Auf seinem Feldzug gegen die Überschätzung der Demokratie ist es nur konsequent, wenn der Konfliktforscher auch keinen Zusammenhang von Demokratisierung und Demokratisierungshilfe entdecken kann. Folglich bewirke die Erhöhung der Mittel auch nichts, außer eine NGO-Organisationsklentel zu entwickeln — zum Beispiel *Konfliktforscher* ...? Das Problem liegt sicherlich nicht in der Existenz von Konfliktforschern (hier metonymisch für den ganzen NGO Sektor), deren Seinsberechtigung Kreuzer doch si-



von Kreuzer so gepriesenen Malaysia zur »regionalen Vertrauensbildung«: den Beschluss, von heute auf morgen mindestens 450.000 Indonesier des Landes zu verweisen).

Stirnrunzeln vermag auch die Einschätzung der negativen Begleiterscheinungen der Dezentralisierung in Indonesien hervorzurufen: Die Regierung verliere die Kapazität, für inter-

cherlich anerkennen würde, sondern im Missbrauch und im unproduktiven Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel. Und dies gilt hierzulande *gleichermaßen*.

## Warnung vor zunehmender Macht von WTO und Weltbank

Berührungspunkte zum Vortrag von Erika Märke ergeben sich nur in der Beobachtung Kreuzers, das BMZ-Papier blende die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die erdrückende Macht internationaler Konzerne aus und mache allein die Probleme in den Entwicklungsländern selbst für das Fortbestehen der Armut verantwortlich.

Auch die Süd- und Mittelasiens-Referentin des EED warnt vor der zunehmenden Macht von *Welthandelsorganisation* (WTO) und Weltbank und erklärt, Liberalisierung und Globalisierung führten zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Erika Märke begrüßt darum die neuen, stärker »armutsorientierten« Ansätze im Asien-Konzept des BMZ und hebt den Anteil von NGO und Kirchen an dessen Entwicklung hervor, woraus sich Möglichkeiten zum Ausbau der Kooperation zwischen NGO und Staat ergäben. Im Gegensatz zu Kreuzer betont sie die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten als »Grundvoraussetzung für die Bekämpfung von Armut und Gewalt«.

Zugleich weist sie aber auf die Widersprüche zu den im BMZ-Konzept ebenfalls vorhandenen traditionellen (z.B. dem Trickle-Down-Effekt) und neoliberalen Ansätzen hin. Der »Förderung wachstums- und weltmarktorientierter Wirtschaftssysteme« stehe so die »Bekämpfung von Armut und Gewalt« gegenüber, »die durch eben solche Systeme verstärkt wird«.

Neoliberale Gedanken finden sich etwa bei den Themen Wasserressourcen und Gesundheitsversorgung, wo eine »stärkere finanzielle Selbstbeteiligung der Bevölkerung« zur »Entlastung defizitärer Staatsbudgets« gefordert wird. In die gleiche Richtung zielen Forderungen nach »Reformen des Finanzsystems, des Wirtschafts- und Steuerrechts«, »Anpassung an die Globalisierung der Märkte«, »Umsetzung der WTO-

Richtlinien« sowie »Maßnahmen der Regulierung« (»De-«?) und des »Investorenschutzes« im Finanzsektor.

Die Referentin fordert deshalb einen »Primat der Sicherung des Lebensunterhaltes der Armen« mit einer vorrangigen Förderung und Stärkung »lokaler und regionaler Wirtschaftssysteme zur Sicherung der Grundbedürfnisse« (was aber zumindest das Problem der gleichzeitigen Existenz des Weltmarktes und der Beziehungen der »lokalen und regionalen Wirtschaftssysteme« zu diesem aufwirft). Auch müsse die Bedeutung der traditionellen Landwirtschaft für die Ernährungssicherung der ländlichen Bevölkerung und ihre Bedrohung durch die Ausbreitung moderner Industrie und Großlandwirtschaft klar gesehen werden.

Dezentralisierungsprozesse seien zu begrüßen, jedoch weist Erika Märke auf die Gefahr hin, dass die dezentralen Strukturen den international handelnden Wirtschaftsmächten noch weniger entgegenzusetzen hätten als die Nationalstaaten.

## Anmerkungen

- 1) »It is perhaps worth offering a word or two about the only ideological formula proffered to justify this tactical principle: »Asian Values«. First, and most noticeably, they are — mercifully — not »Southeast Asian Values«. [...] The noise has come principally from the Singaporean dictatorship and to a lesser extent from the permanent Malay government in Kuala Lumpur, each for its own reasons eager to justify its behaviour on non-religious grounds (»Asian« is meant above all [...] to conceal/supersede religious differences and to build profitable bridges with the »Confucian« world to the north and east).« Benedict Anderson, *The Spectre of Comparisons*, London 1998, S.17
- 2) vgl. z.B. Audrey R. Kahin and George McT. Kahin, *Subversion as Foreign Policy*, New York 1995

## Impressum

### südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Diese Zeitschrift ist hervorgegangen aus dem **philippinenforum**, 10. Jahrgang, und den **südostasien informationen**, 13. Jg. Die Jahrgangszählung der **südostasien informationen** wird fortgesetzt.

Unsere Arbeit wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

**Herausgeber:** philippinenbüro e.V. und Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e.V.

**Anschrift:** philippinenbüro, Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannau 11, 45327 Essen, Tel.: 0201 – 83038-18/-28, Fax: 0201 – 83038-30

E-Mail Box im Internet:

philippinenbuero@asienhaus.de,

soainfo@asienhaus.de

Homepage: www.asienhaus.de

**Redaktion dieser Ausgabe:** Saskia Busch (v.i.S.d.P.), Warsito Ellwein, Niklas Reese

**mitgearbeitet haben:** Susanne Arend, Monika Arnez, Ulrike Bey, Henning Borchers, Jack Catarata, Harriet Ellwein, Ernawati, Anne Fritzsche, Klaus Fritsche, Bettina Gallert, Brigitte Geske-Scholz, Rosa Grabe, Maïke Grabowski, Nicole Haeusler, Martin Huber, Rolf Jordan, Marianne Klute, Eberhard Knappe, Simone Königer, Kristin Kupfer, Lorenz Matzat, Michaela Müller, Alberto de la Paz, Martin Petrich, Anita Pleumaron, Bambang K. Prihandono, Anneke Reese, Mina Roces, Birgit Rößle, Peter Schanz, Stephan Schepers, Monika Schlicher, Klaus Schmidt, Olaf Schumann, Klaus Schwettmann, Fritz Seeberger, Petra Seidel, Katharina Stahlenbrecher, Anke Timmann, Michaela R. Told, Stefanie Weber, Michael Weibel, Rainer Werning, Gudrun Witte, Susanne Wünsch, Hans Bernd Zöllner

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Gestaltung der Titelseite:** Ismaya

**Satz:** K. Marquardt, Herne

**Druck:** Druckwerk, Dortmund

**Auflage dieser Ausgabe:** 1200

**Berichtszeitraum:** 25.12.2001-11.3.2002

**ISSN-Nr.:** 1434-7067

**Preis:** Einzelausgabe 5 (zzgl. Porto)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

BRD: Einzelpersonen 20

Inst./Förderabo 40

Ausland: Einzelpers. 28

Inst./Förderabo 50

Luftpostzuschl. 13

Die Abonnementgebühren sind im voraus fällig. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens einen Monat nach Zusendung des letzten Heftes schriftlich gekündigt wird. Für Vereinsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Konten:**

Spk. Bochum (BLZ 43050001) 30302491

Postgiro Dortmund (Dtmd.) Nr. 1748-460

**Copyright:** Redaktion und Autor(innen); Nachdruck nur nach Absprache mit der Redaktion, Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

**Eigentumsvorbehalt:**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie den Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Nächster Redaktionsschluss:** 6.5.2002